Beziehungen zu Deutschland fest begründet auf den bestehenden Verträgen

Molotow gibt einen umfassenden Ueberblick über die auswärtige Politik der Sowjetunion

)(Moskau. **In einer außenpolitischen Rede, die ungefähr dreiviertel Stunden dauerte, gab Molotow einen umfassenden Ueberblick über die auswärtige Politik der Sowjetregierung im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Weltlage und über die Beziehungen der Sowjetunion zu den einzelnen europäischen und außereuropäischen Staaten.**

Die letzten vier Monate, so begann Molotow seine Rede, seien von Europa von größter Wichtigkeit gewesen. Auf Norwegen, Dänemark, Belgien und Holland und schließlich auch auf das ganze Territorium Frankreichs habe sich der gegenwärtige Krieg in großem Umfang ausgedehnt. Mit Italien sei auch die vierte Großmacht Europas in den Krieg eingetreten. Die militärischen Ereignisse hätten sich in raschem Tempo entwickelt, wobei insbesondere die schnelle Niederwerfung und Kapitulation Frankreichs hervorzuheben sei. Von den Gegnern Deutschlands sei nur England übrig geblieben. Die Katastrophe Frankreichs habe gezeigt, daß die herrschenden französischen Kreise nicht mit dem Volk verbunden waren. Vor Frankreich ständen nun neue Aufgaben des Wiederaufbaues, der jedoch mit den alten Methoden offensichtlich nicht bewerkstelligt werden könne. Als das wichtigste Merkmal aus der Entwickelung der letzten Monate hob Molotow dann die großen Erfolge Deutschlands hervor. Der deutsche Reichskanzler habe, so erklärte Molotow, erst kürzlich eine neue Aufforderung an England gerichtet, dem Krieg ein Ende zu bereiten. Die englische Regierung habe jedoch bekanntlich die deutschen Vorschläge abgelehnt und erklärt, daß sie den Krieg „bis zum Siege" fortsetzen wolle. England wolle den Krieg weiter für die Aufrechterhaltung seiner Weltherrschaft führen ohne Rücksicht darauf, daß seine eigene Lage sich erheblich erschwert habe. So stehe man „am Vorabend neuer entscheidender Ereignisse".

Die Beziehungen der Sowjetunion zu den übrigen Staaten

An diese Betrachtungen schloß Molotow die Umschau über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen der Sowjetunion zu den übrigen Staaten an. An erster Stelle kam er dabei auf die Beziehungen der Sowjetunion zum Deutschen Reich zu sprechen. Diese Beziehungen, die fest gegründet seien auf den bestehenden Abkommen, würden sich weiter in vollem Umfange bewähren. Die zwischen Deutschland und der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge würden von beiden Seiten streng eingehalten. Der Gang der Ereignisse in Europa verminderte nicht nur nicht die Kraft des sowjetisch-deutschen Nichtangriffs-Abkommens, sondern unterstrich im Gegenteil die Wichtigkeit seines Bestehens und seiner weiteren Entwickelung. Darauf wies Molotow sarkastisch die Spekulationen der englischen und anderen Zeitungen zurück, die in letzter Zeit häufig den Versuch unternahmen, durch alle möglichen Gerüchte und falschen Nachrichten Mißtrauen zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu säen. Diese Versuche könnten zu nichts führen und würden in beiden Ländern nicht ernst genommen. Die freundschaftlichen und gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland werden vielmehr, so betonte der Redner, voll aufrechterhalten bleiben.

Was die Beziehungen der Sowjetunion zu Italien anbelangt, so stellte Molotow nachdrücklich deren Verbesserungen im Laufe der letzten Monate fest. In der auswärtigen Politik sowohl der Sowjetunion wie auch Italiens bestehe die völlige Möglichkeit gegenseitigen Verständnisses sowie einer günstigen Entwickelung der beiderseitigen Beziehungen. Bezüglich der englisch-sowjetischen Beziehungen seien, wie der Redner weiter ausführte, in letzter Zeit keine wesentlichen Aenderungen eingetreten. Nach all den bekannten feindlichen Handlungen, die England gegen die Interessen der Sowjetunion begangen habe, habe man auch keine positive Entwickelung im Verhältnis zwischen der Sowjetunion und England erwarten können. Im folgenden Teil seiner Rede ging Molotow dann auf die Entwickelung an der Südgrenze (Bessarabien und Nordbukowina und an der Ostsee (in den baltischen Staaten) ein. Was Bessarabien und die Nordbukowina anbelange, so seien die Vorgänge, die zum Uebergang dieser Gebiete an die Sowjetunion geführt haben, bekannt. Nun sei der viele Jahre lang dauernde Konflikt zwischen der Sowjetunion und Rumänien auf friedlichem Wege entschieden. „Unsere Beziehungen zu Rumänien jedoch", so betonte Molotow, „können nunmehr auf ein völlig normales Gleis übergehen."

Im weiteren behandelte der Redner ausführlich die Vorgänge, die die jüngste Entwickelung für die drei baltischen Staaten heraufgeführt haben. Die im Herbst des vorigen Jahres mit den drei baltischen Staaten abgeschlossenen Beistandspakte hätten, so führte Molotow aus, nicht zu dem gewünschten Ergebnis geführt, da die „herrschenden Gruppen" dieser Staaten eine wirkliche Annäherung an die Sowjetunion vereitelten, ja, sogar den Weg einer Verschärfung der Beziehungen zur Sowjetunion beschritten. Sie hätten den Beistandspakt mit der Sowjetunion verletzt, was von der Sowjetregierung nicht hingenommen werden konnte. So habe die Sowjetregierung an die baltischen Staaten die Forderung gerichtet, neue Regierungen zu bilden und habe die Truppen der Roten Armee dort einmarschieren lassen. Im Ergebnis dieser Entwicklung sei es dann zu den Wahlen der Parlamente Estlands, Lettlands und Litauens gekommen, die sich für die Errichtung der Sowjetmacht und für die Angliederung der drei baltischen Staaten an die Sowjetunion aussprachen.

Die Bevölkerung der Sowjetunion nahm um 10 Millionen zu

Insgesamt habe die Bevölkerung der Sowjetunion durch die Angliederung Bessarabiens und der baltischen Staaten um etwa 10 Millionen Menschen zugenommen. In wirtschaftlicher Hinsicht sei es von besonderer Wichtigkeit, daß die Sowjetunion von jetzt ab an der Ostsee über eine Reihe von eisfreien Häfen verfüge. Ganz besonders hob der Redner ferner hervor, daß diese Erfolge der sowjetrussischen Außenpolitik auf friedlichem Wege erreicht worden seien. Was die Beziehungen der Sowjetunion zu Finnland anlangt, so stellte Molotow fest, daß der vor 4 Monaten abgeschlossene Friedensvertrag im allgemeinen befriedigend durchgeführt worden sei. Durch das zwischen der Sowjetregierung und der finnischen Regierung kürzlich abgeschlossene Wirtschaftsabkommen würden sich auch auf handelspolitischem Gebiet günstige Perspektiven eröffnen. Die finnische Regierung habe ferner vor einiger Zeit auch den Vorschlag der Sowjetregierung angenommen, die Alands-Inseln zu entmilitarisieren, sowie der Errichtung eines sowjetischen Konsulates auf den Alandsinseln zuzustimmen.

Molotow sprach sodann die Hoffnung aus, daß die gegenwärtig stattfindenden sowjetisch-schwedischen Wirtschaftsverhandlungen in Bälde im Interesse beider Seiten zu einem positiven Resultat führen.

In der Behandlung der Beziehungen der Sowjetunion zu den Balkanstaaten erwähnte der Redner die Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zu Jugoslawien an erster Stelle. Es bestände die Hoffnung auf eine weitere Verbesserung der Beziehungen und einen allmählichen Ausbau des gegenseitigen Wirtschaftsverhältnisses.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu Bulgarien seien normal. Es bestünden zwischen beiden Staaten keinerlei Gegensätze, die einer weiteren Verbesserung des sowjetisch-bulgarischen Verhältnisses im Wege stehen könnten. Die sowjetisch-türkischen Beziehungen hätten, so sagte Molotow, in letzter Zeit „keine wesentliche Aenderung" erfahren. Freilich hätten die im letzten deutschen Weißbuch veröffentlichten Dokumente ein unangenehmes Licht auf einige politische Persönlichkeiten der Türkei geworfen. Die Enthüllungen des deutschen Weißbuches seien auch in keiner Weise durch die Erklärungen des französischen Botschafters in Ankara, Massigli, entkräftet worden. In diesem Zusammenhang wies Molotow ferner darauf hin, daß die Sowjetregierung die türkische Regierung schon im April ds. Js. auf folgende „unzulässige" Tatsache hingewiesen habe: Zu dem genannten Zeitpunkt sei beobachtet worden, daß mehrere ausländische Flugzeuge, die von türkischem Gebiet herkamen, die sowjetische Grenze im Gebiet von Batum überflogen hätten. Die türkische Regierung habe zunächst dieses Vorkommnis abgestritten, wiederholt jedoch versprochen, Maßnahmen gegen die Wiederholung solcher Vorfälle zu ergreifen! Heute wisse man, so erklärte Molotow, durch die deutsche Dokumentenveröffentlichung genau Bescheid, welche Bewandtnis es mit diesen Flugzeugen gehabt habe. Was die Beziehungen der Sowjetunion zum Iran anbelangt, so äußerte Molotow zunächst, daß auch über das Verhältnis zum Iran wenig Neues zu sagen sei. Freilich sei ähnlich wie im Falle der Türkei auf einen „unzulässigen" Vorfall, nämlich auf die Ueberfliegung des Gebietes von Baku, hinzuweisen, durch ausländische Flugzeuge im April ds. Js., die von iranischem Gebiet her gekommen seien. Die iranische Regierung habe diesen Vorfall bestritten, jedoch die Dokumente des deutschen Weißbuches würden, so bemerkte Molotow, — auch diese Angelegenheit erklären. Eine Wiederholung solcher Vorfälle könne — so fügte Molotow hinzu, zu einer unliebsamen Verwickelung der Beziehungen der Sowjetunion zu ihrem südöstlichen Nachbarn führen. Jedenfalls habe die Sowjetregierung daraus die Lehre gezogen, daß sie in Zukunft auch an ihren Südgrenzen ihre Wachsamkeit verstärken müsse.

Besserung der Verhältnisse zu Japan

Ueber die Beziehungen der Sowjetunion zu Japan erklärte Molotow, das sowjetisch-japanische Verhältnis habe sich in letzter Zeit „etwas normalisiert". Am 9. Juni sei das bekannte Abkommen über die Grenzregulierung im Gebiet des vorjährigen Konfliktes am Nomen-hor abgeschlossen worden, dem umso größere Bedeutung zukomme, da der lange Aufschub einer Regelung dieser strittigen Frage sich ungünstig ausgewirkt habe sowohl auf die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan wie auch auf die Beziehungen der Aeußeren Mongolei und Mandschukuo. Es seien in letzter Zeit, so bemerkte Molotow weiter, einige weitere Anzeichen festzustellen, daß auch die japanische Seite den Wunsch habe, die Beziehungen zur Sowjetunion zu verbessern. Es läge im Interesse beider Seiten, zu diesem Zweck eine Reihe von Hindernissen, die einer Verbesserung ihrer Beziehungen im Wege stünden, wegzuräumen.

Ueber das Verhältnis der Sowjetunion zu den Vereinigten Staaten sei, so fuhr Molotow fort, nichts Gutes zu sagen. Es sei in Moskau wohl bekannt, daß gewissen Kreisen der USA. die von der Sowjetunion im Laufe der letzten Monate erreichten Erfolge mißfallen. „Allein", so sagte Molotow, „wir werden mit unseren Aufgaben schon fertig werden auch ohne die Hilfe dieser unzufriedenen Herrschaften aus den Vereinigten Staaten. Die Sowjetregierung protestiere jedoch ganz energisch dagegen, daß die USA.-Regierung — übrigens auch England — die Guthaben der baltischen Staaten in den USA. beschlagnahmt hätte.

Ueber das Verhältnis der Sowjetunion zu China äußerte Molotow, daß die Sowjetunion zu dem chinesischen Nachbarn gutnachbarliche und freundschaftliche Beziehungen unterhalte, wie dies übrigens auch dem sowjetisch-chinesischen Nichtangriffspakt entspreche.

Molotow schloß seine Rede mit einem bedeutungsvollen Ausblick auf die allgemeinen Perspektiven, die sich aus der gegenwärtigen Weltlage ergeben. Die gegenwärtigen Veränderungen in Europa stehen, so äußerte er, im Zeichen des großen Erfolges der deutschen Waffen. Deutschland sei aus dem bisherigen Verlauf des Konfliktes gestärkt hervorgegangen; es habe seine Gegner bereits zum Teil niedergeworfen und Frankreich zur Kapitulation gezwungen. Er deutete sodann „imperialistische Gelüste" der Vereinigten Staaten an, wo diese Gelüste freilich durch die Reklame um die sogen. Interessen der westlichen Halbkugel verdeckt würden. Die Sowjetunion müsse verstärkte Wachsamkeit bezeigen und sich der Befestigung ihrer inneren und äußeren Positionen widmen. Die Sowjetunion dürfe sich mit ihren bisherigen Erfolgen nicht zufriedengeben; die Völker der Sowjetunion müssen vielmehr, so schloß Molotow seine Rede, den Ausspruch Stalins auch weiter beherzigen, daß das ganze Sowjetvolk in ständiger Mobilisationsbereitschaft zu stehen habe und jeder Drohung eines feindlichen Ueberfalles gewärtig sein müsse, damit keine Manöver der Feinde die Sowjetunion überraschen könnten.

Die Rede Molotows wurde von der Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Der Oberste Sowjet nahm darauf eine Resolution an, in der die Außenpolitik der Sowjetregierung vorbehaltlos gebilligt wird.

Beförderungen in der Wehrmacht

)(Berlin. Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat mit Wirkung vom 1. August 1940 befördert:

zu Generalen d. J.: die Generalleutnante Graf von Brockdorff-Ahlefeldt, von Kortzfleisch, von Salmuth, Böhme, von Briesen, Felber, Kübler, von Sodenstern, Thomas;

zu Generalen der Artillerie: die Generalleutnante Lemelsen, Brand (Fritz);

zum Generalleutnant: den Generalmajor Müller (Eugen);

zu Generalmajoren: die Obersten Ritter von Thoma, von Drabich-Waechter, Wagner (Eduard), Warlimont, von Greiffenberg, Buhle, Braussen;

zum Oberst: den Oberstleutnant Heusinger.

Weitere Maßnahmen zum Ausbau des deutsch-jugoslawischen Warenverkehrs

Unterzeichnung einer Vereinbarung

)(Berlin. Die in den letzten Tagen in Berlin zwischen den Vorsitzenden des deutschen und des jugoslawischen Regierungsausschusses geführten Besprechungen über eine Reihe von Fragen des deutsch-jugoslawischen Wirtschaftsverkehrs sind am 31. Juli mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung abgeschlossen worden. Durch diese Vereinbarung werden die angesichts der gegenwärtigen Lage erforderlichen weiteren Maßnahmen zum Ausbau des Warenverkehrs zwischen den beiden Ländern getroffen. U. a. ist auch der Handelsverkehr zwischen Jugoslawien und den von Deutschland besetzten Niederlanden geregelt worden.

Zwei Landesverräter hingerichtet

Aus Gewinnsucht ihr Volk verraten

)(Berlin. **Die Justizpressestelle beim Volksgerichtshof teilt mit: „Der vom Volksgerichtshof wegen Landesverrates am 25. April 1940 zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilte Friedrich Kramer aus Hannover sowie der ebenfalls vom Volksgerichtshof wegen Landesverrat zum Tode und zu dauerndem Ehrverlust verurteilte 29 Jahre alte Josef Cygan sind heute morgen hingerichtet worden. Kramer hat an das Ausland Staatsgeheimnisse verraten, die ihm aus seiner früheren Tätigkeit in Deutschland bekannt waren. Cygan ist ein Volksverräter, der aus Gewinnsucht im Dienste des Nachrichtendienstes einer fremden Macht Auskunftsreisen in Deutschland unternommen hat."**

Jede Erleichterung für Plutokratenkinder

)(Kopenhagen. Nach einer Meldung des Londoner Nachrichtendienstes sind 2227 Plutokratenkinder in Kanada angelangt. Für sie seien Kabelerleichterungen vorgesehen, die eine gebührenfreie Uebermittlung von Schablonennachrichten an die Eltern ermöglichen.

Die Regierung der Kriegsverbrecher, Rüstungsindustriellen und Kriegsgewinnler tut also alles, um den in Sicherheit gebrachten Sprößling der britischen Plutokratenkaste, die durch sie verkörpert wird, „Erleichterungen" mit den Steuergroschen der englischen arbeitenden Bevölkerung zu verschaffen.

Kurznachrichten vom Tage

Genf. Das „Petit Journal" besitzt die Frechheit, bereits wieder mit dreisten Greuelmeldungen gegen Deutschland anzufangen.

Belgrad. Der Innenminister hat jegliche Tätigkeit der Freimaurerlogen in Jugoslawien verboten.

Tokio. Die verschiedensten amtlichen Verlautbarungen sowie die Haltung der gesamten Presse lassen erkennen, daß Japan trotz der plumpen britischen Drohungen fest entschlossen ist, sich in der Verfolgung der Spionagefälle nicht beirren zu lassen.

Peking. Um der britischen Spionage wirksam zu begegnen, werden in ganz Nordchina Abwehrmaßnahmen getroffen. So werden jetzt zweifelhafte Elemente der Heilsarmee sowie die englischen Kirchen, Schulen und Wohltätigkeitsanstalten überwacht.

Wie die Judenfrage im Generalgouvernement gelöst wurde

ndz. Berlin. Zu den dringenden Verwaltungsaufgaben, die das Reich mit der Errichtung des Generalgouvernements im ehemaligen Polen übernahm, gehörte auch die Lösung der Judenfrage. Die Korrespondenz der Antisemitischen Aktion berichtet im einzelnen darüber, wie in kurzer Zeit schon für das früher scheinbar unlösbare Judenproblem eine Regelung gefunden wurde. Für die Deutschen war und ist das polnische Judenproblem nur eine Frage der Organisation. Zunächst wurde eine Kennzeichnung der Juden im Generalgouvernement durchgeführt. Alle Juden und Jüdinnen über zehn Jahre sind verpflichtet, am rechten Aermel der Kleidung und Ueberkleidung einen mindestens 10 Zentimeter weithen breiten Streifen mit dem Zionsstern zu tragen. Wurde durch diese Kennzeichnung der Juden eine äußerlich sichtbare Trennung von der arischen Bevölkerung vollzogen, so ergab sich nun die Notwendigkeit auch einer territorialen Trennung. Von den zwei Lösungen, die möglich waren, Judenstaat und Ghetto, wurde die zweite als zweckmäßiger und schneller durchführbar gewählt. In den Städten des Generalgouvernements sind heute die Stadtteile mit gemischter polnisch-jüdischer Bevölkerung verschwunden und in den Hauptgeschäftsstraßen auch der großen Städte sieht man die Namensschilder von Juden nicht mehr. Zum ersten Male seit Jahrhunderten wurde jetzt der Jude zu einem geordneten Lebenswandel gezwungen, der in erster Linie die Pflicht zur Arbeit in sich trägt. Es wurde der Arbeitszwang für die jüdische Bevölkerung des Generalgouvernements eingeführt. An der Spitze der Zwangsarbeitertrupps steht jeweils ebenfalls ein Jude, der seine Rassegenossen beaufsichtigt und den deutschen Behörden für die ordnungsmäßige Durchführung der Arbeiten verantwortlich ist. Dieses Verfahren hat sich im Generalgouvernement ausgezeichnet bewährt. Die Dauer des Arbeitszwanges beträgt in der Regel zwei Jahre. Grundsätzlich soll der Jude in dieser Zeit körperliche Arbeit mit dem Spaten leisten. Um eine geordnete Beschäftigung für die Juden auch nach diesen zwei Jahren zu finden, wurde im Generalgouvernement erstmalig eine Art jüdischer Arbeitsgemeinschaften eingeführt. Sie sichern den in ihnen tätigen Juden sowohl die Arbeit wie den Lebensunterhalt. Vornehmlich handwerkliche Kräfte wurden zunächst in diesen Arbeitsgemeinschaften zusammengefaßt. Die Vorrechte, die der polnische Staat den Juden gewährte, wurden beseitigt. Der Jude soll zunächst einmal seine Pflicht erfüllen und dann erst die Rechte genießen, die ihm die Gesetzgebung gewährt. In ihren Gemeinden ist den Juden die Selbstverwaltung gewährt worden. In jeder Gemeinde ist eine Vertretung der Juden gebildet worden, der sog. Judenrat. Seine Mitglieder werden durch die Juden der betreffenden Gemeinde gewählt. Der Judenrat nimmt die Befehle der deutschen Dienststellen entgegen und haftet für ihre gewissenhafte Durchführung. Seinen Weisungen zum Vollzuge der deutschen Anordnungen haben sämtliche Juden und Jüdinnen zu gehorchen. Damit ist innerhalb der jüdischen Gemeinschaft und Ghettos eine klare Verwaltungsordnung eingeführt worden, die im Rahmen der deutschen Gesetze und der deutschen Rechtsordnung den Juden eine freie Selbstverwaltung gewährt. Die Juden sind als Fremdkörper im Generalgouvernement gekennzeichnet, sie unterliegen einer besonderen Gesetzgebung, verwalten jedoch ihre eigenen Angelegenheiten selbst.

SLUB
Wir führen Wissen.